



Katrin JADIN
Föederalabgeordnete
Gemeinderatsmitglied Eupen

PRESSEMITTEILUNG

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Sachen atomarer Sicherheit

- Brüssel, den 10. April 2018 -

In regelmäßigen Zeitabständen wird in den Medien über die Sicherheit der belgischen Atommeiler berichtet. Vor allem aus dem deutschen Nachbarland werden immer wieder Forderungen laut, die belgischen Kraftwerke aus Sicherheitsgründen zu schließen. Wie es jedoch um die deutschen Meiler gestellt ist, kann man nur erahnen, da zu deren Sicherheitszuständen bislang nicht kommuniziert wird.

Damit alle EU-Bürger gleichermaßen über die Sicherheit der Nuklearanlagen informiert werden, **fordert die Föederalabgeordnete Katrin JADIN (PFF-MR) die Schaffung einer europäischen Atomaufsichtsbehörde und demnach eine Vereinheitlichung der Sicherheitsstandards in Sachen Nuklearenergie.**

In einer parlamentarischen Frage an den Minister für innere Sicherheit erkundigte sich die ostbelgische Abgeordnete über bestehende **internationale Zusammenarbeitsabkommen** in Sachen atomarer Sicherheit.

Minister Jan JAMBON (N-VA) erklärte, dass bereits **zahlreiche bilaterale und multilaterale Kooperationsabkommen** abgeschlossen wurden. So arbeite die FANK mit den deutschen, niederländischen, französischen, luxemburgischen und schweizer Kontrollorganen zusammen.

Auf internationaler Ebene zählte der Minister ebenfalls zahlreiche Organisationen auf, die sich mit den Sicherheitsfragen in Sachen Nuklearenergie befassen. Neben der **IAEA**, die durch die **Vereinten Nationen** gegründet wurde, erwähnte Minister JAMBON auch die **ENSREG der Europäischen Kommission**. Insgesamt ist die FANK in **7 internationalen Organisationen und Organismen zur Nuklearsicherheit aktiv und passt so ihre Sicherheitsstandards in Bezug auf die Nuklearenergie stets an.**

*„Obwohl der Minister mir zahlreiche Organisationen aufgezählt hat, bleibe ich weiterhin **Befürworterin einer echten europäischen Atomaufsichtsbehörde.** Die **Kommunikation zu diesen wichtigen Fragen ist unzureichend, nicht einheitlich** und aufgrund dieser Tatsache werden die Ängste und Sorgen der Bürger weiter geschürt“, so die Föederalabgeordnete Katrin JADIN. „Die Föederalregierung ist weiterhin für eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern in diesem Punkt offen, aber dafür müsste der Euratom-Vertrag entsprechend angepasst werden“, schließt Katrin JADIN ab.*

Für nähere Information wird die Antwort des Ministers JAMBON der Pressemitteilung beigefügt.

FÜR ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN, KONTAKTIEREN SIE KATTRIN JADIN

Handy : 0478 333 417 | E-Mail : kattrin@jadin.be